

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 5

Artikel: Mit Ulrich Beck im Gespräch über sein neues Buch : Risikogesellschaft : die Gegengifte
Autor: Berger, Maya / Beck, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340741>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Risikogesellschaft: Die Gegengifte

Von Maya Berger

Der Begriff «Risikogesellschaft» ist seit Tschernobyl zu einem Bestandlogon Ulrich Beck und ist Titel seines ersten Buches, das 1986 erschienen ist und seither eine Auflage von 35000 Exemplaren erreicht hat (vgl. Rote Revue Nr. 10/1988: *Not ist hierarchisch – Smog ist demokratisch*). In seinem neusten Buch «Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit» (1988) diagnostiziert Beck, trotz aller Ausweglosigkeiten, die Minimalchance eines Auswegs. Maya Berger stellt das Buch hier vor und hat mit dem Autor ein Interview gemacht.

Gefahren: eine Art kollektive Zwangserinnerung

«Wie sollen wir leben?», das ist die alte, scheinbar banale Frage, die Ulrich Beck hinter Naturzerstörungen und technischen Grossgefahren verborgen sieht und die er als die Frage unseres Zeitalters bezeichnet. Bei der Suche nach einer Antwort verirrt wir uns aber in technischen Formeln oder Beschwörungen ökologischer Kreisläufe, kritisiert er. In verschiedenste Varianten und durch unterschiedliche Gefahrenlagen hindurch versucht Beck diese Frage – letztlich nach unserer verdrängten Gesellschaftlichkeit und unserer Selbsterkenntnis – immer wieder sichtbar zu machen. Grossgefahren, so Beck, sind nicht fassbar allein in naturwissenschaftlichen Kategorien. Zwar sind wir darauf angewiesen, z.B. die Becquerels zu messen, damit wir die Gefahr der Radioaktivität überhaupt wahrnehmen können. Was wir aber bisher kaum wahrgenommen haben, ist die gesellschaftliche Qualität oder Substanz der Gefahr:

Die Gefahr ist eine Art kollektive Zwangserinnerung an unsere früheren Entscheidungen und Fehler. «Gefahren sind die Verkörperung der Irrtümer einer ganzen Epoche des Industrialismus, die mit der Gewalt der Vernichtungsmöglichkeit ihre Einsicht und

Korrektur einklagen. Sie sind eine Art kollektive Wiederkehr des Verdrängten.» Im Unterschied zu Naturkatastrophen sind schlechende Gifte Produkte gesellschaftlicher Entscheidungen, die prinzipiell vermieden oder verändert werden können. Die Bedrohung kommt nicht von aussen, weder Dämonen und Götter, noch Naturgewalten, noch ein Kriegsfeind sind dafür verantwortlich zu machen. Die Bedrohung allen Lebens entsteht im Innern der Gesellschaft als Kehrseite des «Fortschritts», des Friedens, der Normalität.

Aufstand der Verhältnisse gegen sich selbst

In der Entdeckung der gesellschaftlichen Substanz oder sozialen Kraft der Gefahr aber liegt auch eine minimale Chance, den Zwangsfortschritt und damit den Prozess der Selbstzerstörung aufzuhalten: Das zentrale politische Potential der ökologischen, atomaren, chemischen und genetischen Gefahren liegt in der Enttarnung der real existierenden Anarchie der gesellschaftlichen Produktion und Verwaltung von Grossgefahren.

Gefahren sind *das* noch unentdeckte und ungenutzte Instrument der Ent- und Antibürokratisierung, denn sie sprengen die

(In-)Kompetenzfassaden der Institutionen und widerlegen deren Sicherheitsgarantien. In den Vernichtungsgefahren demonstriert das industrielle System seine eigene Ohnmacht und Unvernunft und produziert in dieser Eigendynamik gleichsam ein Gegengift gegen sich selbst. Das ist der zentrale Gedanke von Beck, den er u. a. am Beispiel von Tschernobyl erläutert: «Der überzeugendste und ausdauerndste Gegner der Atomindustrie ist die Atomindustrie selbst. (...) Tschernobyl war eine Art objektiver Demonstration der Verhältnisse gegen sich selbst. Das Weltexperiment Kernenergie hat die Rolle seiner Kritiker inzwischen mit übernommen, vielleicht sogar überzeugender und wirkungsvoller, als es die Anti-Atomkraftbewegung selbst auf ihren Höhepunkten jemals gekonnt hätte. (...) Die Menschen haben unterm Diktat der Not eine Art Blitzkurs über die Widersprüche der Gefahrenverwaltung in der Risikogesellschaft absolviert: über die Willkür von Grenzwerten, die Beliebigkeit von Berechnungsverfahren. (...) Die atomare Gefahr ist ein Aufruhr, der von den Verhältnissen selbst in Gang gesetzt und gehalten wird: eine Revolution ohne Revolution, ohne Subjekt.» Es geht Beck allerdings nicht darum, die sozialen Bewegungen, die öffentlichen Proteste und die Aufmerksamkeit der Massenmedien für überflüssig zu erklären, sondern genau im Gegenteil, ihnen den entscheidenden Ansatzpunkt für Aktivitäten aufzuzeigen. Ein Ansatzpunkt, der bisher weder in Erwägung gezogen noch durchdacht worden sei, meint Beck.

Die Gewerkschaften und die ökologische Frage

Die Industriegesellschaft ist uns in ihrer Entwicklung davongelaufen. Wir denken und handeln immer noch in Kategorien der frühen Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts, während wir uns bereits an der Wende ins 21. Jahrhundert befinden und täglich den Gefahren des Atom-, Chemie- und Genzeitalters ausgeliefert sind. Diese Verwechslung der Jahrhunderte wird auch zu beträchtlichen Turbulenzen im Gewerkschaftslager führen, prophezeit Beck. Warum das Verharren in traditionellen Vorstellungen und Handlungsmustern den Gewerkschaften zum Verhängnis werden kann, wo es allenfalls Auswege aus der Sackgasse gäbe, dazu das folgende Interview mit Ulrich Beck von Maya Berger.

Der Kuchen ist vergiftet

M.B.: Ulrich Beck, Sie haben den Begriff «Risikogesellschaft» geprägt und damit markiert, dass sich die Industriegesellschaft in einem grundlegenden Wandel befindet. Was beinhaltet dieser Wandel für die Gewerkschaften?

Ulrich Beck: In der bisherigen Vorstellungswelt des Industrialismus ist wirtschaftlicher Aufschwung gleichbedeutend mit sozialem Fortschritt. Das heisst: Wenn der Kuchen, der verteilt werden kann, wächst, lassen sich auch die Konflikte um die sozialen Ungleichheiten entschärfen. Im Verhältnis von Arbeit und Kapital hat sich auf diese Weise eine Art «Harmonie-Gegensatz» eingespielt und bewährt. Ich bezweifle aber ernsthaft, dass dies weiterhin so funktionieren wird. Die industriellen Grossrisiken bekommen Übergewicht gegenüber der bisherigen Problematik der Reichumsverteilung. Mit anderen Worten: Der Kuchen ist vergiftet, der da produziert und verteilt werden soll. Damit gerät die bisherige heile industrielle Welt mit ihren voraus-harmonisierten und voraus-stabilisierten Konflikten aus den Fugen. Wirtschaftswachstum wird gleichzeitig zum Gefährdungswachstum, und damit verschärfen und verändern sich auch die Konflikte.

M.B.: Wenn der Kuchen vergiftet ist, wie Sie sagen, dann stellen sich allerdings etliche Fragen: Wie konnte es so weit kommen? Was sollen wir jetzt damit machen? Wer ist da verantwortlich und schuldig? Und nicht zuletzt: Ist denn so klar bewiesen, dass der Kuchen tatsächlich vergiftet ist?

U.B.: Zum Streit um den vergifteten Kuchen gehören ganz zentral auch die Zweifel an der Giftigkeit. Was überhaupt als Gift und Gefahr zu gelten hat und wo die Ursache einer bestimmten Bedrohung liegt, ist nicht nur mit irgendwelchen wissenschaftlichen Methoden auszumachen, das wird vielmehr entschieden in politischen Kämpfen, in eigentlichen Definitionskämpfen. Nehmen wir als Beispiel das «Waldsterben», das ja inzwischen offiziell als Gefährdungslage anerkannt ist: Die Sündenbockrolle wurde da dem Auto zugeschrieben und damit die Bevölkerung selbst zentral verantwortlich gemacht, obwohl nur 30 bis 40 Prozent der Verunreinigung durch Stickoxyde dem Auto anzulasten sind. Der Rest, der Löwenanteil, stammt von der Industrie! Aber genau das soll verschleiert werden. Die Industrie bleibt tabu – und die Autoindustrie maximiert inzwischen mit «umweltfreundlichen» Autos erneut ihre Gewinne.

Je nachdem, wie die Definitionskämpfe ausgehen – das Kapitel Grenzwertbestimmung gehört auch hierher –, können ganze Märkte zusammenbrechen, erleben andere Überraschungsaufschwünge, gehen Arbeitsplätze verloren... Damit entstehen neuartige Gräben zwischen Risikogewinnern und Risikoverlierern im ökonomischen System, die manchmal zwischen Branchen, manchmal auch zwischen Abteilungen innerhalb der Betriebe verlaufen.

M.B.: Wie wirken sich diese Kämpfe um die Gefahrendefinition auf die Gewerkschaften aus?

U.B.: Innerhalb der Gewerkschaften wird es vermehrt zu Spaltungen einst gemeinsamer Interessen kommen und damit zu neuen Blockbildungen, u.a. auch zu branchenspezifischen Zusammenschlüssen der alten «Klassengegner» Kapital und Arbeit, es entstehen also Gewerkschafts-Unternehmer-Blöcke. Ich habe in meinem Buch ja solche Beispiele genannt. «Nach Tschernobyl verteidigten Betriebsräte und Arbeitgebervertreter der Kernkraftwerke gemeinsam die bisherige westdeutsche Energiepolitik gegen jede Kursänderung; nach den DGB-Beschlüssen über einen «möglichst raschen» Ausstieg aus der Kernenergie traten 30 bis 40 Prozent der in den Kernkraftwerken beschäftigten DGB-Mitglieder aus ihrer Gewerkschaft aus; auf einer zentralen Betriebsrätekonferenz der Kernkraftwerke, in der auch die Gründung einer eigenen Energiegewerkschaft diskutiert wurde, beschloss man eine Wahlempfehlung zugunsten der CDU-FDP-Koalition¹.» Ein anderes Beispiel: Nach der Fernsehendung über Wurmlarven im Fisch, im August 1987, meldete die Fischindustrie bis zu 50 Prozent weniger Umsatz. (...) Mit Beschäftigungseinbrüchen in der Fischindustrie, in der die Bundesrepublik rund 12 000 Be-

schäftigte im Küstenraum zählt, wurde nicht nur gedroht. Viele Betriebe meldeten Kurzarbeit an und mussten Entlassungen vornehmen. (...) Effekt: Die Beschäftigten solidarisieren sich mit ihren Betrieben und protestieren gegen die «falschen» und «übertriebenen» Darstellungen in den Massenmedien.

In diesem «ökologischen Roulette» ist für die Lage der Erwerbstätigen also entscheidend, ob die Arbeitsplätze in risikogewinnenden oder risikogefährdeten Teilen des ökonomischen Systems liegen und wie die jeweiligen Risiken eingestuft werden durch Wissenschaft, Medien, Öffentlichkeit. Solange die Gewerkschaften sich diesen neuen Fragen verschliessen und eine Politik betreiben, die sich ausschliesslich an den Kategorien der bisherigen Arbeitsgesellschaft orientiert, werden sie Schwierigkeiten haben, die neu entstehenden Interessen zu verteidigen.

M.B.: Wie steht es um die ökologische Sensibilität der Arbeiterschaft selbst?

U.B.: Nach gängiger Vorstellung – vereinfacht gesprochen – hauen die Arbeiter mit Latten auf die Grünen und sind von ökologischen Fragen überhaupt noch nicht berührt, weil sie dadurch ihre Arbeitsplätze bedroht sehen. Die genannten Beispiele scheinen diese Auffassung zu bestätigen. Auch in der Gewerkschaftsliteratur herrscht im Kern noch die Auffassung vor, dass Arbeitserfahrung und Arbeitsplatzinteresse der Industriearbeiter die Ausbildung eines ökologischen Bewusstseins blockierten und diesem widersprächen. Eine kürzlich erschienene Untersuchung zu diesen Fragen räumt mit diesen stereotypen Vorstellungen auf²: Unter den befragten Arbeitern aus verschiedensten Betrieben tauchten selbst bei den Gleichgültigsten – von denen es erstaunlich wenige gebe – plötz-

lich Inseln ökologischer Besorgnis auf. Gerade auch bei den Facharbeitern der «ökologieverdächtigen» Grosschemie sei eine ausgeprägte ökologische Sensibilität anzutreffen. Die Untersuchung stellt die Thesen zur Diskussion, dass erstens die ökologische Sensibilisierung z.B. der Chemiefacharbeiter nicht gegen, sondern gerade im Betrieb erfolge, in Auseinandersetzung mit den Gefahren am Arbeitsplatz; und zweitens, dass ökologische Sensibilisierung im wesentlichen unabhängig und zum Teil quer zur sozialen Interessenlage stattfinde. Jedenfalls ist die verbreitete Unterstellung, Betriebsführung und Belegschaft bildeten ein Komplott zur Verharmlosung der Gefahren, offenbar nicht mehr ohne weiteres aufrechtzuerhalten.

M.B.: Wie aber können die Arbeiter und die Gewerkschaften als ihre Interessenvertreter ihre ökologische Sensibilität denn überhaupt umsetzen, wirksam machen?

U.B.: Die Arbeiterbewegung müsste sich zunächst vor Augen führen, dass Arbeit und Arbeitskraft nicht länger nur als Quelle von Reichtum und möglichem Wohlstand für alle verstanden werden können. Arbeit ist auch als Motor der Bedrohung und Zerstörung zu begreifen. Der Arbeitsgesellschaft geht eben nicht nur die Arbeit aus, gefährdet ist auch der Sinn dieser Arbeit! Unter den Arbeitern gab es ja immer wieder Auseinandersetzungen um den Sinn der Arbeit. Das wurde aber von den Gewerkschaften mehr oder weniger belächelt, weil nach ihrer theoretischen Annahme oder besser: ideologischen Perspektive, die Industriearbeiter gleichgültig sind gegenüber dem, was sie produzieren, da der «Sinn» ihrer Tätigkeit mit der Überweisung des Lohns als abgegolten gilt. Man sollte jedoch nicht verkennen: Es gibt zwar nach wie vor

die Interessen am ökonomischen Gehalt der Arbeit, aber viele Untersuchungen weisen inzwischen nach, dass für viele Arbeiter gerade der jüngeren Generation die Sinnfrage sehr wichtig ist. Die Menschen suchen irgendeine andere Form der Kommunikation, des Miteinanders in der Arbeit, und die Frage nach einem öffentlichen, einem demonstrierbaren Sinn der Arbeit ist ihnen wichtig in der Wahl dessen, was sie tun und wie sie sich verausgaben. All das müsste in der gewerkschaftlichen Arbeit neu eingebunden werden, will die Arbeiterbewegung nicht auf das historische Abstellgleis geschoben werden.

M.B.: Gewerkschaftspolitik müsste also mehr als Lohn- und Arbeitszeitfragen umfassen. Wie aber wären Sinn und Inhalt der Arbeit, die unübersehbar auch zerstörende Folgen hat, praktisch zu politisieren?

U.B.: Ja, das ist die Schlüsselfrage, die ich auch nur in Andeutungen beantworten kann, denn dabei stossen wir auf beträchtliche Schwierigkeiten. Die legendäre «Gleichgültigkeit» gegenüber dem Arbeitsergebnis und die tatsächliche Abkoppelung vom Produkt wird nun der Arbeiterbewegung zum Verhängnis: Gefahrenproduktion und -definition betreffen weitgehend die Produktebene. Diese aber fällt vollständig in den Hoheitsbereich des Managements und entzieht sich dem Arbeiter- und Gewerkschaftseinfluss. Das hat u.a. folgende Auswirkung: fällt der «ökologische Zweifel» auf eine bestimmte Branche, kann das Management auf andere Produkte ausweichen, für die Arbeiter dagegen bedeutet dies Kompetenzgefährdung, d.h. Entwertung ihrer Arbeitsfähigkeiten, da diese bekanntlich nicht wie Produkte ausgetauscht werden können. Die Gewerkschaften müssten beginnen, eine offensive, gesellschaftspolitisch orientierte «Pro-

duktpolitik» zu entwerfen und zu betreiben, gleichsam das Recht auf «Produkt-Mitbestimmung» beanspruchen und erkämpfen, sowohl innerbetrieblich wie auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

M.B.: Die Gefahren schlagen sich aber nicht nur in der Qualität der Produkte nieder, sondern betreffen wesentlich auch die Produktionsverfahren selbst. Welche Aufgaben sehen Sie da für die Gewerkschaften?

U.B.: In der ganzen Auseinandersetzung um Gefahren nimmt die Informationspolitik eine zentrale Rolle ein, denn die Gefahren-Wirklichkeit ist gar nicht mehr anders darstellbar und fassbar als in Informationen. Informationspolitik wird damit identisch mit Wirklichkeitspolitik. Deswegen ist es auch eine ganz wesentliche Aufgabe, sich darum zu kümmern, was die Menschen über ihre Erfahrungen im Umgang mit der Produktion von Gefahren berichten, wie und wem sie darüber berichten können, wie sie damit konkret umgehen.

Wenn man sich umguckt, wie in sehr vielen Fällen öffentliche Alarmierung ausgelöst wurde, dann waren es fast immer kritische Einzelne, die interne Informationen an die Öffentlichkeit gebracht haben. Für diese Arbeiter und Ingenieure usw., die eine kritische Sachkompetenz über den Produktionsprozess haben, müsste ein Rückhalt, eine Absicherung organisiert werden – innerbetrieblich und auch gesamtgesellschaftlich – und es müssten auch Möglichkeiten zur Veröffentlichung ihrer Erfahrungen geschaffen werden. Das könnte eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Innerbetrieblich gibt es ja eine Ideologie und in Ansätzen wohl sogar eine Praxis der Kritik von unten nach oben. Ich habe kürzlich mit einer Gruppe von Managern gesprochen, und die haben betont, wie sehr sie angewiesen seien auf die konkrete Kritik der Facharbeiter und der Belegschaft, damit überhaupt Verbesserungen im Betrieb durchgesetzt werden könnten und sie rechtzeitig über bestimmte Gefahren informiert würden. Wenn schon Kritik von

unten nach oben gewünscht wird, dann aber soll bitte diese Kritik auch von innen nach draussen gelangen! Das wäre auch eine Funktion der Gewerkschaften, diese Kritik öffentlich zu machen. Das müsste ganz selbstverständlich werden, nach bestimmten Regeln funktionieren – ähnlich wie es inzwischen auch ein geregeltes Verhältnis des Streiks gibt. Das könnte dazu führen, dass diese interne Kritik – die im Grunde genommen alle angeht, da alle von den Produktionsgefahren betroffen sind – einen gesellschaftlich hohen Grad von Legitimität bekommt. Die kritischen Arbeiter, Ingenieure usw. müssten auch endlich öffentliche Anerkennung erfahren.

Anmerkungen:

¹ M. Schumann: «Industrielle Produzenten» in der ökologischen Herausforderung, Göttingen 1987.

² Heine, H./Mautz, R.: Haben Industriefacharbeiter besondere Probleme mit dem Umweltthema? in: Soziale Welt, Heft 2, 1988.

AZ 8021 Zürich

Zentralbibliothek 1.260-2
Zähringerplatz

8001 Zürich
.....
